



# Sicherheit statt Militarisierung in Europa

Für eine Neubegründung des  
Konzepts gemeinsamer Sicherheit

VDW Jahrestagung 2018

## Inhalt

Zwischen globalen Machtverschiebungen, <i>Dr. Lothar Brock</i> .....	2
Kooperative Sicherheit in Europa, <i>Prof. Dr. Michael Staack</i> .....	3
Der Weg in die Konfrontation, <i>Dr. Christian Nünlist</i> .....	4
Europäische Ordnung(en), <i>Dr. Ernot Gerler</i> .....	5
Das transatlantische Verhältnis, <i>Dr. Hans-Georg Ehrhart</i> .....	6
Zusammenspiel von konventioneller und nuklearer Rüstungskontrolle, <i>Prof. Dr. Götz Neuneck</i> .....	7
Konturen einer gemeinsamen europäischen Ordnung, <i>Dr. Wolfgang Zellner</i> .....	8
Zur künftigen Aufstellung einer wissenschaftlichen Sicherheitspolitikberatung, <i>Prof. Dr. Michael Brzoska</i> .....	9
Zur Zivilgesellschaft und zivilisierte Sicherheitspolitik, <i>Rev. Konrad Raiser, Ralf Becker</i> .....	10

## Zwischen globalen Machtverschiebungen, technologischem Wandel und neuen Grenzziehungen: Europäische Sicherheit im Kontext

*Prof. Dr. Lothar Brock, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), VDW*

Der amerikanische Politologe John Mearsheimer hat zu Beginn der 1990er Jahre prophezeit, dass das Ende der Bipolarität keinesfalls den Aufbruch in eine neue Weltordnung des Multilateralismus signalisiere. Vielmehr sei eine Rückkehr in die traditionelle nationalstaatliche Machtpolitik zu erwarten. Seine Thesen waren damals heftig umstritten. Heute scheint es so, als hätte er doch recht. Das würde bedeuten, dass diejenigen, die Anfang der 1990er glaubten, mit Aussicht auf Erfolg an einer kooperativen Weltordnung mit gemeinsamer Sicherheit arbeiten zu können und zu müssen, die Zwänge der Politik unter den Bedingungen der Staatenanarchie unterschätzt hätten. Und es würde bedeuten, dass diejenigen, die heute an die Denksätze der 1980er und frühen 1990er Jahre zur gemeinsamen Sicherheit anknüpfen, ebenfalls an den harten Tatsachen der internationalen Politik vorbeidenken. Ist das so? Wird es in Zukunft überhaupt noch so etwas wie *europäische* Sicherheit geben oder führt die gegenwärtige Entwicklung zurück zu einem nationalstaatlichen Sicherheitsdenken, das der Logik eines Nullsummenspiels folgt?

Der politische Realismus (den Mearsheimer vertritt) geht davon aus, dass Sicherheit unter den Bedingungen der Staatenanarchie immer Ausdruck rivalisierender Selbst-behauptungsinteressen der Staaten ist. Das Gegenargument lautet, dass das viel zu schematisch gedacht ist, dass auch die Staaten nicht in vollkommener Freiheit agieren, sondern eingebunden sind in eine Vielzahl von Normen und Regeln, die ihr Verhalten ebenso beeinflussen wie ihre jeweilige innerstaatliche Ordnung. M.a.W., souveränes Handeln ist das Produkt konkreter politischer Auseinandersetzungen in einem normativen Referenzrahmen, der die Staaten nötigt, ihre Politik in bestimmter Weise zu legitimieren. Eine Facette dieses normativen Referenzrahmens bildet die Forderung nach Rüstungskontrolle und Abrüstung, die paradoxerweise im Kalten Krieg und an seinem Ende in eine entsprechende Praxis umgesetzt wurde. Heute besteht die Gefahr, dass die daraus hervorgegangenen Regime zerfallen, dass alle Seiten erneut auf Abschreckung statt kooperativer Sicherheit setzen. Diese Gefahr erscheint umso größer als auch auf allen anderen Gebieten internationaler Zusammenarbeit (Wirtschaft, Klima und Umwelt, Migration, Schutz der Menschen vor Massengewalt) kaum Raum für Optimismus bleibt.

Das kann man aber ganz unterschiedlich interpretieren: als Zerfall der liberalen Weltordnung (Auflösung des bisherigen normativen Referenzrahmens der internationalen Politik) oder als Aufbrechen ihrer inneren Widersprüche– auch und gerade in den Demokratien selbst (Kooperationsverweigerung, Ausbreitung eines autoritären Populismus). Welche Annahme richtig ist, lässt sich heute nicht entscheiden. Wichtig ist, welche Annahme in der gegenwärtigen Lage weiterhilft, und das ist zweifellos die These, dass wir heute mit den Widersprüchen der liberalen Weltordnung konfrontiert werden. Wenn wir davon ausgehen, geht es darum, sich mit diesen Widersprüchen auseinanderzusetzen, nicht darum, alle Ideen eines kooperativen Umgangs mit Konflikten und ihrer Transformation über Bord zu werfen. In diesem Sinne kann das Denkmodell der gemeinsamen Sicherheit nur in einer politikrelevanten Weise weitergedacht werden, wenn es die Widersprüche seiner bisherigen Umsetzung reflektiert (hegemoniale statt kooperativer Sicherheitspolitik).

## **Kooperative Sicherheit in Europa: Konzept und Ansätze der Realisierung im Rückblick**

*Prof. Dr. Michael Staack, Helmut-Schmidt-Universität*

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eröffnete sich die Möglichkeit, eine neue gesamteuropäische Friedensordnung aufzubauen. Warum war dieser Versuch nicht erfolgreich? Gab es ein gemeinsames Verständnis von kooperativer Sicherheit oder fanden unterschiedliche Interessen ihren Ausdruck auch in unterschiedlichen Sicherheitskonzepten? Welche Schritte wurden unternommen, um Institutionen kooperativer Sicherheit aufzubauen? Und wie lässt sich vor dem Hintergrund unterschiedlicher theoretischer Ansätze der internationalen Beziehungen erklären, dass es nicht zum Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung kooperativer Sicherheit kam?

In diesem Vortrag wird die These vertreten, dass es zu keinem Zeitpunkt ein gemeinsames Verständnis von kooperativer Sicherheit zwischen den beteiligten Mächten gegeben hat. Das trifft insbesondere auf die USA, Großbritannien und einige andere westliche Staaten einerseits und Russland andererseits zu. Eng verknüpft mit dem Dissens über den Inhalt kooperativer Sicherheit war die Frage der Institutionen. Statt die KSZE/OSZE zu einer bestimmenden Struktur gesamteuropäischer Sicherheit auszubauen, trat schon ab 1993/94 die teileuropäische, Russland dauerhaft exkludierende NATO in den Vordergrund. Mit der NATO-Erweiterung erfolgte eine Ostverschiebung des politischen Westens, in deren Verlauf das ursprüngliche Ziel einer gleich gewichtigen Partnerschaft mit der Russischen Föderation immer weniger handlungsleitend wurde.

Einführend werden unterschiedliche Definitionen für „kooperative“ und für „gemeinsame Sicherheit“ vorgestellt. Anhand verschiedener Entscheidungen und Entwicklungen in den 1990er Jahren (u.a. sicherheitspolitische Regelungen in Bezug auf die deutsche Einheit, Rüstungskontrolle sowie Vertrauens- und Sicherheitsbildung, Institutionalisierung von KSZE/OSZE) wird nachfolgend analysiert, wie sich das Fehlen eines gemeinsamen Grundbegriffs der kooperativen Sicherheit auf die Sicherheitsordnung in Europa auswirkte. Dabei wird herausgearbeitet, dass die Ansätze zur Errichtung einer gesamteuropäischen Friedensordnung bereits 1993/94 mit der Einleitung der NATO-Öffnungspolitik endgültig gescheitert waren. Der weniger ambitionierte Versuch, eine nachhaltige Kooperationsstruktur zwischen der Russischen Föderation und dem Westen zu schaffen, wurde spätestens mit dem Kosovo-Konflikt beendet. Dieses Scheitern war bereits in der asymmetrischen Gestaltung der NATO-Russland-Zusammenarbeit (1997) angelegt. Im dritten Schritt erfolgt der Versuch, den Dissens in Bezug auf ein gemeinsames Verständnis kooperativer Sicherheit aus der Perspektive verschiedener theoretischer Ansätze zu erklären: Neorealismus, Konstruktivismus, Liberalismus, Historische Soziologie.

Die Analyse der Debatten und Entscheidungen über kooperative Sicherheit in den 1990er Jahren verdeutlicht, dass ein gemeinsames basales Verständnis in Bezug auf Inhalte, Interessen und Institutionen notwendig ist, um eine europäische Friedens- und Sicherheitsordnung erreichen zu können. An diesem Erfordernis hat sich bis heute nichts geändert. Das Ziel einer ganz Europa umfassenden Friedensordnung erscheint derzeit wieder in weite Ferne gerückt. Stattdessen prägen erneut Konfrontation, Aufrüstung und Regelverstöße das Verhältnis zwischen dem Westen und Russland und machen ein zielgerichtetes Krisenmanagement zur Verhinderung vor allem militärischer Eskalationen vorrangig. Eine realistische Friedenspolitik darf die Neubegründung kooperativer Sicherheit aber nicht aus dem Blick verlieren. Dazu ist eine Verständigung über grundlegende Prinzipien und Regeln sowie dazugehörige institutionelle Formen unverzichtbar. Das setzt eine gründliche Aufarbeitung der Fehlentwicklungen der 1990er Jahre voraus.

## Der Weg in die Konfrontation: Vom Ende des Kalten Krieges zur Ukraine-Krise

*Dr. Christian Nünlist, Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich*

Die russische Annexion der Krim und der Ausbruch der Ukrainekrise führten 2014 zu einer nachhaltigen Konfrontation zwischen Russland und dem Westen und zu einer Militarisierung europäischer Sicherheit. „2014“ markierte auch das definitive Ende der euroatlantisch-eurasischen Sicherheitsordnung von 1990 mit der Vision einer inklusiven, wertebasierten Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok.

Ab 2014 begann auch ein Krieg der Narrative, denn Russland und der Westen beurteilen die Gründe für den Weg in die Konfrontation diametral unterschiedlich und schieben sich gegenseitig die Schuld dafür zu. Dabei rückt der gesamte Zeitraum seit 1989/90 in den Fokus, denn die Ukrainekrise ist nicht die Ursache, sondern nur ein Symptom einer Entfremdung Russlands vom europäischen Sicherheitssystem, wie es parallel zur Beendigung des Kalten Krieges errichtet worden ist. Die Ursachen des aktuellen Konflikts waren schon 1989/90 angelegt und stauten sich nach dem Kollaps der Sowjetunion und im Zuge der NATO-Osterweiterung und den Balkankriegen zu einem „Kalten Frieden“ zwischen Russland und dem Westen an – wie dies bereits Boris Jelzin im Dezember 1994 in einer denkwürdigen Rede am KSZE-Ministerrat in Budapest kritisiert hatte. Heute wissen wir, dass die US-Regierung unter George H.W. Bush 1989/90 im Tandem mit Bundeskanzler Helmut Kohl exklusive westliche Institutionen aus dem Kalten Krieg wie die NATO und EG perpetuierte und damit die (Militär-)Dominanz der USA in Europa sicherstellte. Alternative Visionen einer paneuropäischen Sicherheitsarchitektur auf der Basis der KSZE wurden rhetorisch beworben, aber de facto bevorzugten die USA ein Sicherheitssystem in Europa ohne gleichberechtigte Rolle der UdSSR. Das im Februar 1990 abgegebene westliche Versprechen, die NATO „keinen Millimeter ostwärts“ zu erweitern, bezog sich zwar nur auf die DDR; aber die neuen US-Quellen über die triumphale Europapolitik Bushs lassen ihre gleichzeitige paneuropäische, kooperative Rhetorik gegenüber Gorbatschow im Nachhinein letztlich als Täuschung erscheinen.

Klar gebrochen haben die USA später unter Bill Clinton das im Oktober 1993 gegenüber Boris Jelzin abgegebene Versprechen einer „NATO-Partnerschaft für Alle“ (inklusive Russland) statt einer „NATO-Mitgliedschaft für ein paar Wenige“ (Polen, Ungarn, Tschechien). Die Balkankriege trugen zur russischen Kritik an der neuen NATO nach 1990 bei – doch die russische Beteiligung an den NATO-Friedenstruppen in Bosnien zeigte, dass der Westen und Russland bis 1999 europäische Sicherheit trotz anhaltendem Misstrauen als kooperatives Projekt ohne Nullsummenlogik verstanden. Dies änderte sich erst nach dem Kosovokrieg 1999 und der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo 2008 – in beiden Fällen nahm der Westen keine Rücksicht auf Russlands Vetomöglichkeiten im UNO-Sicherheitsrat, sondern preschte unilateral vor. Der russische Vorstoß zum Flughafen Pristina war 1999 ein erster Vorgeschmack dafür, dass Russland bereits war, zur Durchsetzung seiner Interessen auch militärische Gewalt einzuwenden.

Doch gab es zwischen 1989 und 2014 wirklich „verpasste Gelegenheiten“? Oder war der Clash zwischen Russland und dem Westen 2008 und 2014 nicht doch unvermeidbar? Russland und der Westen scheiterten jedenfalls nach 1989, einen Platz für Russland in der europäischen Sicherheitsarchitektur zu finden. Den größten Preis dafür zahlen die Menschen in den „Zwischenländern“ wie Georgien oder der Ukraine, die in einer Unsicherheitszone außerhalb des NATO-Schirms verbleiben – und die weder autonom ihre Allianzfreiheit ausüben noch mit Russland und dem Westen wirtschaften können. Für Russland lohnt es sich zudem bis auf Weiteres, den Konflikt in der Ukraine als weiteren „Protracted Conflict“ im postsowjetischen Raum weiter anzufachen.

Lesetipp: Christian Nünlist / Juhana Aunesluoma / Benno Zogg, *The Road to the Charter of Paris: Historical Narratives and Lessons for the OSCE Today* (Wien: OSZE, 2017).

## Europäische Ordnung(en): Verhältnis zwischen Russland und dem „Westen“

Dr. Gernot Erler, ehem. Russlandbeauftragter der Bundesregierung

Die europäische Ordnung sieht sich mit großen Herausforderungen konfrontiert. Das russische Vorgehen im Ukraine Konflikt wird im Westen als Verstoß gegen die Europäische Friedensordnung gewertet, also gegen die Regeln der *Schlussakte von Helsinki* (1975) und der *Charta von Paris für ein neues Europa* (1990). Diese Regeln fordern die Beachtung der Souveränität der Staaten sowie der Unverletzlichkeit der Grenzen und verlangen einen Gewaltverzicht. Entsprechende westliche Vorhaltungen beantwortet Moskau mit Gegenvorwürfen mit Hinweis auf das völkerrechtswidrige Vorgehen des Westens im Kosovo- und Irakkrieg und beklagt „Doppelstandards“. Der Ukraine Konflikt markiert den Höhepunkt eines längeren Entfremdungsprozesses zwischen Russland und dem Westen.

Europa und Deutschland haben sich nach 1991 um ein konstruktives Verhältnis mit der Russischen Föderation bemüht, sichtbar an den jährlichen EU-Russland-Gipfeln und Deutsch-Russischen-Regierungskonsultationen, an der intensiven (energie-)wirtschaftlichen Verflechtungen und den zahlreichen EU-Dokumenten zur „Strategischen Partnerschaft“ mit Russland. In Russland hat sich jedoch ein völlig negatives Bild dieses Verhältnisses verfestigt: Die USA hätten stets eine Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe verwehrt und die Kriege im Kosovo und Irak geführt, trotz aller russischen Proteste. Die Osterweiterung von EU und NATO wäre forciert worden und Washington stehe hinter den „Farbigen Revolutionen“ 2003/2004/2005 in Georgien, der Ukraine und Kirgistan. Zuletzt habe Brüssel über das Angebot eines Assoziierungsabkommens versucht, die Kontrolle über die Ukraine zu übernehmen, und die Amerikaner hätten beim Maidan-Aufstand erneut ihre Finger im Spiel gehabt. Darauf sei die Annexion der Krim, die in Russland als Akt der „Wiedervereinigung“ interpretiert wird, und die Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine, die angemessene Antwort gewesen.

Ganz offensichtlich haben wir es hier mit dem Syndrom der *Divergent Narratives* zu tun als Kern des Entfremdungsprozesses. Dieser wird begleitet von einem mehrstufigen militärischen Eskalationsprozess. Vor dem Hintergrund des Ukraine Konflikts sehen wir überall Aufrüstungspläne und steigende Verteidigungshaushalte, jedes Jahr werden auf beiden Seiten mehr und umfangreichere Militärmanöver durchgeführt, der Alltag wird geprägt von ständigen Einsätzen von Kampfflugzeugen und Abfangjägern über Ostsee und Schwarzem Meer, während parallel dazu wichtige Abrüstungsverträge wie das INF-Abkommen von 1987 durch gegenseitige Vorwürfe zum Abbruch reif geschossen werden.

Russland tritt in diesem Konflikt als selbstbewusster Player auf, der sich selbst als *aufsteigende Ordnungsmacht* auf dem Weg zu einer multipolaren Weltordnung sieht. Dieser Aufstieg kontrastiert aus russischer Sicht mit dem Rückzug des Westens aus der globalen Verantwortung, im Falle der USA wegen Trumps „America First“-Politik, im Falle der EU wegen der dortigen Handlungsschwäche. Das „Post-West“-Zeitalter sei eingeläutet und die westliche Hegemonie am Ende.

In dieser Lage gibt es erheblichen Handlungsbedarf, aber auch Handlungsmöglichkeiten. Absolute Priorität hat die politische Lösung des Ukraine Konflikts. Der militärischen Eskalation muss Einhalt geboten werden. Wir müssen uns für eine Stärkung der Vereinten Nationen und um eine Reform des UN-Sicherheitsrats bemühen, für die der G-4-Vorschlag noch immer eine gute Grundlage bietet. Und es gilt, die EU wieder handlungsfähig zu machen. Nicht der Egoismus der Starken, der den Multilateralismus aushebelt und die Schwachen hoffnungslos macht, darf die Zukunft der Weltordnung prägen. Ohne *globale Verantwortungspartnerschaft* und weltweit anerkannte Werte und Regelsysteme gibt es keine Zukunft, sondern den Rückfall in eine archaische Ordnung, in der das Recht des Stärkeren sich durchsetzt.

## Das transatlantische Verhältnis: Die NATO und die EU als sicherheitspolitischer Akteur

*Dr. Hans-Georg Ehrhart, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik*

Die transatlantischen Beziehungen sind in der Krise. So viel Dissens zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten und den USA gab es selten. Ob in der Frage des Atomabkommens mit dem Iran, der Verlegung der Hauptstadt Israels nach Jerusalem, der Einstellung der Zahlungen für das Flüchtlingshilfswerk für Palästinenser UNRWA, der Zukunft des Pariser Klimaabkommens, der Sanktionspolitik mit Folgen für Drittstaaten, der Sanktionsdrohungen gegen Bündnismitglieder, der Zukunft der Handelspolitik im allgemeinen und der Welthandelsorganisation WTO im Besonderen, der Einschätzung der EU als Gegner oder der Relativierung der NATO und der de facto-Aufkündigung der regelbasierten, multilateralen internationalen Ordnung zugunsten einer engstirnigen Amerika First-Politik und eines hemdsärmeligen Bilateralismus – die transatlantischen Beziehungen sind in einer schwierigen Phase. Manche sagen sie seien in einem fundamentalen Umbruch. Die Ursache dafür liegt nicht allein bei Trump, sondern ist vor allem strukturell begründet: dem Abstieg der Weltmacht USA und ihren gesellschaftlichen Verwerfungen, die einen “Jacksonian” an die Macht brachten.

Die NATO ist auf der politisch-strategischen Ebene geschwächt durch die Politik Trumps. Auf der militärischen und operativen Ebene wird sie hingegen gestärkt durch die Wiederbelebung alter Feindbilder, steigende Rüstungsausgaben, Investitionen in die Infrastruktur und die rotierende Truppenstationierung in Mittelosteuropa. Mit Blick auf Russland hat sie ihre klassische Funktion als primärer Sicherheitsgarant wieder in den Vordergrund gerückt. Ob die NATO einen Europäisierungsprozess durchlaufen wird oder einen zweiten Harmelprozess initiieren kann ist fraglich.

Die Erwartungen an die EU als sicherheitspolitischer Akteur sollten nicht zu hochgeschraubt werden. Gemessen an den ca. 250 Mrd. USD kollektiver Rüstungsausgaben ist die EU potenziell stark, faktisch ist sie aber ein eher schwacher Akteur. Einerseits sagen die politischen Protagonisten, dass mehr sicherheitspolitische Zusammenarbeit notwendig ist. Sie haben auch einige Schritte in diese Richtung unternommen. Gleichwohl mangelt es u.a. an einem gemeinsamen politischen Willen, einer klaren Strategie, einem europäischen Rüstungsmarkt und einer gemeinsamen Rüstungsplanung. Die Sicherheitspolitik ist nicht der Bereich, auf dem sich die EU aus ihrer gesellschaftlichen Krise (Populismus, Nationalismus, Rechtsruck, Migrationsdruck, Abstiegsängste der Mittelklasse) herausziehen kann.

Ergo: Die transatlantischen Beziehungen bleiben also für die USA und Europa wichtig, doch wie werden sie ausgestaltet und was folgt daraus für die Zukunft europäischer Sicherheit?

Option 1: Re-Nationalisierung

Option 2: Status quo plus (stärkere Europäisierung NATO durch mehr europäischen Input)

Option 3: EU als autonomer Sicherheitsakteur

Option 4: gesamteuropäische Sicherheitsstruktur

Politikempfehlungen:

- Kurzfristig: Re-Nationalisierung der EU und NATO verhindern
- Kurz- bis mittelfristig: Europäische Rolle in NATO ausbauen
- Mittel- bis langfristig: Rolle der EU als autonomer Akteur stärken
- Langfristig: Kooperatives gesamteuropäisches Sicherheitssystem anstreben

Forschungsfrage: Welche Schritte können dazu beitragen, diese Empfehlungen zu implementieren?

## Zusammenspiel von konventioneller und nuklearer Rüstungskontrolle sowie der Rüstungsdynamik

*Prof. Dr. Götz Neuneck, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, VDW*

Zentrale Rüstungskontrollverträge, die am Ende des Ost-West-Konfliktes getroffen wurden wie das Mittelstreckenraketenabkommen (INF) oder der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) stehen vor dem Kollaps. Es besteht die Gefahr, dass eine neue weltweite Rüstungsdynamik einsetzt. Diese bezieht sich nicht nur auf die Modernisierung nuklearer Waffensysteme, sondern auch auf das Gebiet neuer technologischer Entwicklungen wie zunehmende Vernetzung und Digitalisierung, Robotik und Artificial Intelligence (AI) etc. Erste Weichenstellung für ein neues Wettrüsten sind bereits in diesen Bereichen vorgenommen worden. Russland ist hierbei ein zentraler Akteur. Aber auch die USA sind unberechenbarer geworden; sie bleiben führend bei der Integration neuer Technologien in den Rüstungsbereich. Die Gründe für den Niedergang regelbasierter Rüstungskontrolle sind vielfältig. Beim Putin-Trump Gipfel wurden Gespräche zur strategischen Rüstungskontrolle vereinbart. Die innenpolitische Stimmung in den USA erschwert kontinuierliche Gespräche zwischen den USA und Russland. Auch andere Bereiche wie die konventionelle Rüstungskontrolle sind davon akut betroffen. Regionales Krisenmanagement ist wieder nötig geworden.

Trotz der andauernden Stagnation und den aktuellen Rückschlägen für den globalen Rüstungskontrollrahmen, gibt es diverse Vorschläge, wie Rüstungskontrolle global und regional weiterentwickelt werden kann, um damit Krisenstabilität und Nichtverbreitung zu stärken und Abrüstung möglich zu machen. Dabei stehen sich die Befürworter des reziproken Schritt-für-Schritt Ansatzes den Vertretern einer umfassenden Abrüstungsinitiative (Global Zero, Verbotsvertrag) gegenüber. Angesichts der horrenden Nukleararsenale, des sich verändernden sicherheitspolitischen Umfeldes und der steigenden Gefahr eines Atomkrieges, muss es zentrales Leitmotiv bleiben, einen Nuklearkrieg so unwahrscheinlich wie möglich zu machen. Dabei sind sowohl das sich ändernde politische Umfeld mit einzubeziehen wie die militärtechnischen Entwicklungen. Auch darf nicht unterschätzt werden, dass es eine kleine Schar von Aufrüstern gibt, die glauben neue Nuklearwaffen würden einen Zugewinn von Sicherheit erbringen.

1. Kurzfristige Fortschritte bei der bilateralen Rüstungskontrolle zum Erhalt des INF-Vertrages und zur Verlängerung des N-START-Vertrages zur nuklearen Abrüstung zwischen den USA und Russland sind unerlässliche Grundlage zur Weiterentwicklung und Anpassung der nuklearen Abrüstung an die Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts. Ein strukturierter Dialog der Nuklearwaffenstaaten in Bezug auf künftige Elemente der „strategischen Stabilität“ im 21. Jahrhundert ist sowohl zwischen den USA und Russland als auch innerhalb der P5 von großer Bedeutung. Begrenzende Vorschläge liegen hier vor.
2. Die Stärkung des Nichtverbreitungsvertrages (NVV), eine Fortführung des nuklearen Kernteststopp-Prozesses und der Beginn eines Regimes zur Beendigung und Überwachung von spaltbarem Material FMCT wären zentrale Elemente für ein weltweites nukleares Abrüstungsregime inkl. einer robusten Verifikationskomponente. Für eine Annäherung von NVV- und Verbotsvertragsbefürwortern wäre eine positive Entwicklung im Hinblick auf die nuklearwaffenfreie Welt gerade auf dem Sektor der Verifikation gewinnbringend.
3. Die Stärkung europäischer Sicherheit wird ohne Fortentwicklung der Rüstungskontrolle d.h. des INF-Vertrages und des KSE-Vertrages kaum gelingen. Die Fortentwicklung beider Regime ist im vitalen Interesse Europas und Deutschlands. Neue Militärtechnologien wie autonome Waffensysteme, der Entwicklungsschub, der durch die Forschung und Entwicklung im Bereich KI, Cyber-Waffen, Raketenabwehr etc. ausgelöst wird, machen eine präventive Rüstungskontrolle nötig.

Sollte der INF-Vertrag entfallen und auch ein ungehemmtes Wettrüsten wiedereinsetzen, wird es zu einer regionalen Aufrüstung in Asien und Europa kommen. Eine Fortsetzung des N-START-Regimes wird dann sehr unwahrscheinlich. Um ein Wettrüsten in verschiedenen Regionen und militärtechnischen Bereichen zu verhindern, müssten neue Verfahren etabliert werden, um ein wirkungsvolles Krisenmanagement zu betreiben.

## Konturen einer gemeinsamen europäischen Ordnung

*Dr. Wolfgang Zellner, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik*

Es gibt ein komplexes Netzwerk globaler, regionaler, nationaler und querliegend funktionaler Ordnungen unterschiedlicher Legitimität, Autorität und Leistungsfähigkeit. Hier interessiert, wie eine legitime und leistungsfähige europäische Ordnung aufgebaut und im globalen Kontext verortet werden kann, die aus zwei sich ergänzenden Komponenten aufgebaut ist:

- Dem Europa der Europäischen Union
- Dem Europa im Gebiet der OSZE

Der Vortrag geht eingangs auf das globale Umfeld ein, die zunehmende Fragilität der internationalen Ordnung, den hegemonialen Wandel zugunsten Asiens und insbesondere Chinas sowie die Krise des Westens als politischem Konzept. Die 200-jährige Sonderrolle Europas als Mittelpunkt der Welt geht unwiderruflich zu Ende. Als Hauptproblem wird ein globaler *governance gap* diagnostiziert, eine Lücke im globalen Regieren, die zu mehr Instabilität, Turbulenzen, Gewalt und größerer Wahrscheinlichkeit plötzlicher Entwicklungen führt.

Vor diesem Hintergrund ist die EU, die in gut zehn Jahren nicht mehr als fünf Prozent der Weltbevölkerung auf sich vereinen wird, die einzige Rückversicherung für ihre Mitgliedsstaaten, auf globaler Ebene noch eine Rolle zu spielen. Damit ist die große Frage, wie die EU ihre retardierenden Tendenzen – wirtschaftlich Nord-Süd-Spaltung, normative Ost-West-Gegensätze, zentrifugale Tendenzen sowie Populismus und Nationalismus – überwinden und zu gestaltender Kraft (zurück)finden kann.

Das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen ist heute so schlecht wie seit 30 Jahren nicht mehr. Das betrifft alle Gebiete – Sicherheit, Wirtschaft, Normen und Werte. Es ist schwierig geworden, Dialoge zu führen, da die gemeinsamen Ausgangspunkte fehlen. Die erreichten Ansätze einer kooperativen Sicherheitskultur weichen dem erneuten Aufwuchs von Abschreckungsstrukturen, die unkontrolliert zu einem erneuten Wettrüsten und zu Krisen und Kriegen in den Kontaktregionen zwischen Russland und dem Westen führen können. Die kritische Frage ist nun, wie man aus dieser Negativspirale ausbrechen und zu einer pragmatischen Kooperation gelangen kann, die durch Interessenorientierung, Pragmatismus, Entschärfung der Ordnungskonkurrenz und militärischer Zurückhaltung gekennzeichnet ist.



## **Zur künftigen Aufstellung einer wissenschaftlichen Sicherheitspolitikberatung sowie der Friedens- und Konfliktforschung**

*Prof. Dr. Michael Brzoska, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik*

Friedens- und Sicherheitspolitik adressieren grundlegende Überlebensfragen. Die Beratung von Regierung, Parlament und Gesellschaft zu Fragen von Friedenssicherung, Gewalt- und Krisenprävention sowie zur Lösung von Konflikten ist daher eine wichtige Aufgabe für die Wissenschaft. Sie erweist sich allerdings als schwierig. Zum einen sind die Beratungskapazitäten in der Wissenschaft gering. Zum Zweiten gibt es in diesem Feld nicht „die Wissenschaft“. Die wissenschaftliche Landschaft ist im Gegenteil sehr heterogen aufgestellt, mit den Polen traditioneller „realistischer“ Sicherheitspolitik auf der einen Seite und der kritischen Friedens- und Konfliktforschung auf der anderen Seite. Schließlich ist die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik in diesem Feld besonders schwierig. Es bestehen erhebliche Kommunikationsbarrieren, deren Überwindung Ausdauer und guten Willen von beiden Seiten erfordert.

Die Notwendigkeit des Ausbaus der Beratungskompetenzen ist erkannt. Der Bundestag hat 2017 beschlossen der Friedens- und Konfliktforschung mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Allerdings hat er eine Evaluation durch den Wissenschaftsrat vor konkrete Beschlüsse gestellt, Diese findet gegenwärtig statt. Im Koalitionsvertrag von 2018 wird die Friedens- und Konfliktforschung nicht gesondert, sondern als Teil der außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen „Kapazitäten zur strategischen Analyse“ erwähnt, die es zu stärken gelte. Neben Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung werden dann dort regierungnahe Institutionen im Berliner politischen Umfeld aufgelistet. Keine Erwähnung hingegen finden weitere eher konservativ ausgerichtete Einrichtungen, wie das German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) an der Führungsakademie der Bundeswehr, das Center for Intelligence and Security Studies (CISS) an der Bundeswehruniversität München oder das Institut für Sicherheitspolitik an der Kiel Universität. Diese arbeiten momentan sehr aktiv daran, ihren Einfluss zu erhöhen.

In diesem Umfeld stellt sich die Frage nach einer möglichen Positionierung der VDW. Unterschiedliche Rollen und Funktionen sind denkbar, nicht zuletzt in Abhängigkeit von ideellen und materiellen Ressourcen, die die Mitgliedschaft einzubringen gewillt ist. So könnte die VDW verstärkt als Netzwerk fungieren und Transferaufgaben in den politischen Raum wahrnehmen. Darüber hinaus könnte sie versuchen, Forschung im friedens- und sicherheitspolitischen Feld anzuregen und durchzuführen, insbesondere in internationaler Kooperation.

Im Vortrag soll die aktuelle Situation im Bereich der friedens- und sicherheitspolitischen Beratung in Deutschland beleuchtet werden. Thema sollen dabei, neben der Darstellung zentraler aktueller Trends, vor allem Fragen der Interaktion zwischen Wissenschaft und Politik sein. Damit soll eine Grundlage für die nachfolgende Diskussion gelegt werden, in der die Herausforderungen und Möglichkeiten für die VDW im Feld der friedens- und sicherheitspolitischen Beratung stärker Gehör zu finden, im Mittelpunkt stehen sollen.

## Zur Zivilgesellschaft und zivilisierte Sicherheitspolitik: Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik. Ein Szenario bis 2040

*Rev. Konrad Raiser, ehem. Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen und Ralf Becker (Gewaltfrei Handeln e.V.)*

Aktuell regiert Europa auf die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen mit deutlicher Erhöhung seiner Militärbudgets. Doch selbst Verteidigungsministerin von der Leyen betont öffentlich immer wieder, dass wir Sicherheit nur mit wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven für die EU-Anrainerstaaten sowie erhöhte Entwicklungshilfe-Leistungen gewährleisten können.

Die Evangelische Landeskirche in Baden hat ein Szenario entwickelt, das analog dem Ausstieg aus der Atomenergie im Bereich der Energiewirtschaft einen möglichen Umstieg in eine zivile Sicherheitspolitik bis zum Jahr 2040 beschreibt. Als Grundlage für eine ausbaubare zivile Sicherheitspolitik sieht das Szenario den Vierten Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ aus dem Jahre 2014 inklusive entsprechender Nachfolgeberichte. Entsprechend der Entwicklung regenerativer Energien gilt es, zukünftig bereits bestehende Ansätze für eine zivile Sicherheitspolitik weiter zu entwickeln und auszubauen.

Das Szenario „Sicherheit neu denken“ beschreibt folgende fünf Pfeiler ziviler Sicherheitspolitik:

1. Gerechte Außenbeziehungen
2. Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten
3. Teilhabe an der internationalen Sicherheitsarchitektur
4. Resiliente Demokratie
5. Konversion der Bundeswehr und Rüstungsindustrie

Dabei empfiehlt das Szenario die Aushandlung und Umsetzung einer Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft mit Russland bzw. der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) sowie Entwicklungspartnerschaften mit der Arabischen Liga (LAS) und der Afrikanischen Union (AU). Explizit beschreibt das Szenario die „Friedenslogik im Paradigma Gemeinsamer Sicherheit“ sowie die Entzauberung des Mythos der Wirksamkeit von Gewalt.

Als möglichen Weg zur Umsetzung dieser Art ziviler Sicherheitspolitik beschreibt das Szenario sogenannte Meilensteine. So werden entsprechende Bundestagsbeschlüsse in den Jahren 2025 und 2035 durch vorgelagerte Kampagnen der Kirchen und zivilgesellschaftlicher Organisationen ermöglicht. Eine wichtige Rolle spielen dabei Studien zur Wirksamkeit der Gewaltlosigkeit wie die von Erica Chenoweth und Maria J. Stephan (2015 „Trends in civil resistance and authoritarian responses.“ sowie 2011 „Why civil resistance works. The strategic logic of nonviolent conflict.“).

Ein entscheidender Schritt zur gesellschaftlichen Akzeptanz ziviler Sicherheitspolitik wäre nach dem Szenario eine Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik, die die ökonomische und politische Effizienz ziviler Friedenssicherung sowohl im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln als auch in Bezug auf die beabsichtigten Ziele untersucht.

Zugleich wäre eine unabhängige Studie zur Wirksamkeit bisheriger Auslandseinsätze der Bundeswehr - gemessen an den jeweiligen Bundestagsbeschlüssen zugrundeliegenden Zielen - hilfreich.

Diese Studie sollte das Wirksamkeitspotential der beabsichtigten Erhöhung der deutschen Verteidigungsausgaben auf 2 % des BIP vergleichend mit dem Wirksamkeitspotential einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik unter verstärktem Einsatz ziviler Friedensfachkräfte untersuchen.

Zunächst wären die Terms of Reference für eine solche Studie auszuarbeiten.

Kooperationspartner:



Gefördert durch:



Gestaltung und Design: Marion Burkard und Juana Wahlheim

Oktober 2018